

Statt aber Hild an seine Stelle zu rücken, wurde nach einem ähnlich milden Lutheraner wie Lohse Ausschau gehalten. So kam der württembergische Landesbischof *Helmut Claß* zum Zuge, der im ersten Ratswahlgang der Stimmenzahl nach an vierter Stelle stand. Hild, der zweite, wurde sein Stellvertreter.

Das Gespann Claß/Hild könnte gerade in seiner Gegensätzlichkeit anregend, wenn nicht sogar aufregend werden. Claß ist von seinem Elternhaus her dem Pietismus und von seinem Werdegang her (als Diakonispfarrer in Herrenberg) der kirchlichen Liebestätigkeit zugewandt. Hild hat

als früherer Leiter der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit und des Gemeindeverbandes in Frankfurt ein Gespür für die gesellschaftlich-politische Ausstrahlung der Glaubensbotschaft. Alles wird davon abhängen, wie weit wirklich gelingt, was Claß unmittelbar nach seiner Wahl in einer Pressekonferenz als seine Absicht bekundete: Bei aller angestrebten gemeinsamen Willensbildung und Teamarbeit soll es innerhalb des Rates der EKD künftig zu einer Aufgabenteilung kommen. Wie weit der Vorsitzende und sein Stellvertreter dabei vorbildlich sind, wird wohl auch die anderen Mitglieder des Rates mit beeinflussen.

über die Einheitsschule publiziert und eine Diskussion des Dokumentes in breiten Teilen der Öffentlichkeit angekündigt. Die geplante Schulreform sieht eine „vereinheitlichte nationale Schulerziehung“ — nach dem Muster der Schulen in der DDR — vor. Sie hat das Ziel, den Schüler auf den „Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft“ vorzubereiten. Betroffen zeigte sich die Öffentlichkeit jedoch durch den in der Studie enthaltenen Zeitplan, nach dem noch während des laufenden Schuljahres 1973 mit der Veränderung der Curricula begonnen und die Durchführung der Schulreform bereits im Jahr 1974 abgeschlossen werden sollte. Begründet wurde der Zeitplan mit dem Argument, man dürfe keine Zeit verlieren, um die gegenwärtig herrschende strukturelle Krise des Erziehungswesens in positivem Sinn zu lösen (vgl. Informe ENU, S. 3, 2). Diese übereilte Realisierung der Reform, die im Widerspruch zur angeblichen Diskussionsbereitschaft der Regierung stand, führte zu heftigen Reaktionen der Gruppen, die in dem angekündigten Projekt die *Gefahr einer einseitigen marxistischen Indoktrination* zu sehen meinten. Im April waren in den Straßen von Santiago täglich streikende Schüler zu sehen. Besonders heftig wurden die Manifestationen, als durchsickerte, daß man bereits an einigen Gewerbeschulen mit der Reform begonnen hatte, ohne die Öffentlichkeit von diesen Versuchen zu informieren. Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei, die schließlich mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Streikenden vorging, wurden etwa 150 Personen verletzt und 250 Demonstranten festgenommen.

Chiles Bischöfe in Konflikt mit Allende?

Seit dem Regierungsantritt Allendes im Herbst 1970 war es stets interessant gewesen, die zurückhaltend-positive Haltung zu beobachten, die der *chilenische Episkopat* grundsätzlich gegenüber dem „chilenischen Weg zum Sozialismus“ eingenommen hat. Die Kirche schien entschlossen, die Regierung der Unidad Popular zu unterstützen, vorausgesetzt, daß diese den Rahmen der Legalität nicht verläßt. Dies war auch der Kern des Aufrufs der Bischöfe und eines Briefs von Kardinal *Silva Henriquez* an die Bevölkerung anlässlich der schweren innenpolitischen Krise im vergangenen Herbst (vgl. HK, Dezember 1972, 585f.). In den letzten Monaten dagegen war der Kardinal in Erklärungen gegenüber der Presse mehr als zurückhaltend und gab auf direkte Fragen nach einer Lösung der gegenwärtigen Konfliktsituation zwischen Kirche und Regierung nur der Hoffnung Ausdruck, sie möchten einer baldigen Lösung entgegengehen. Diese Haltung wird verständlicher auf dem Hintergrund der gegenwärtigen *Radikalisierung und Spaltung der nationalen Presse* in ein rechtes und linkes Lager, wobei es auf beiden Seiten zu pole-

mischen Auswüchsen und Manipulationen von Information kommt. Es ist der Hintergrund einer offiziell bestehenden Pressefreiheit, hinter deren Fassade jedoch indirekte staatliche Manipulationen sichtbar werden, wie der Versuch der Kontrolle der Papierzuteilung für die großen Tageszeitungen oder die Devisenkontrolle und gelegentliche Stromsperrungen, durch die Druck auf private Sender ausgeübt wird.

Die Bischöfe wenden sich gegen den Plan der Einheitsschule

Zwei Themen vor allem belasteten in letzter Zeit das Verhältnis zwischen der Kirche und der Regierung: der Plan der *Einführung der staatlichen Einheitsschule* (ENU — Escuela Nacional Unificada) und die Hetzkampagne gegen den Direktor des von der Katholischen Universität Santiagos betriebenen *Fernsehkanales 13*, den katholischen Geistlichen *Raul Hasbún*. Das chilenische Unterrichtsministerium hatte unmittelbar vor Beginn des neuen Schuljahres im März eine Projektstudie des Schulexperten *Iván Nuñez*

Die ständige Kommission der chilenischen Bischofskonferenz hatte bereits am 27. März zur Einheitsschule Stellung genommen. Dieser Erklärung, der am 19. März eine schärfere Kritik des Erzbischofs von Valparaíso, *Emilio Tagle Covarrubias* vorausgegangen war, folgte am 11. April die Bestätigung durch die Vollversammlung der chilenischen Bischöfe in Punta de Tral-

ca. Erzbischof Tagle hatte mit Bezug auf die Konzilstexte darauf verwiesen, daß ein Schulmonopol der Regierung gegen die natürlichen Rechte der menschlichen Person verstoße und insbesondere das Recht der Eltern besneide, ihren Kindern die Erziehung zu geben, die ihrer religiösen Überzeugung entspreche. Er betonte: „Es geht hier um ein Grundproblem, das voll in den Kompetenzbereich der Kirche gehört, denn das Projekt wird von einem *Parteigeist* beherrscht, der alle positiven Aspekte, die es enthalten könnte, verdirbt. Es geht hier nicht um wirtschaftliche Probleme, um Besitzgüter oder Produktionsmittel. Es geht um die Seele des Kindes und des Jugendlichen . . . Deshalb sagen wir: Die Erziehung darf sich nicht in ein Instrument in den Händen des Staates verwandeln, durch das die jeweils herrschende Ideologie — welche immer dies auch heute oder morgen sein mag — den Kindern aufgezwungen wird.“

Erfolg des Kardinals?

Die Erklärung der Ständigen Kommission der chilenischen Bischofskonferenz setzte sich genauer mit dem „Informe sobre la Escuela Nacional Unificada“ des Kultusministeriums auseinander und nannte als zwei seiner positiven Aspekte die Chancengleichheit, d. h. die Beseitigung von Diskriminierung aus wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Gründen sowie die Aufwertung der körperlichen Arbeit in der geplanten Verbindung von Unterricht und Arbeit. Positiv beurteilt wurde auch der Plan, den Unterrichtsprozeß auf alle Altersstufen auszuweiten.

Die Kritik der Bischöfe aber konzentrierte sich vor allem auf die Stichworte Pluralismus und anthropologische Grundwerte.

„So pluralistisch sich das Dokument auch geben mag, so vermissen wir doch, daß in keinem Teil die christlichen und menschlichen Werte klar hervorgehoben werden, die einen wichtigen Teil der chilenischen Geistesge-

schichte ausmachen und zu denen sich ein hoher Prozentsatz der Schüler und Eltern in Chile bekennt.

„Wir Bischöfe müssen auf den humanistischen Werten insistieren, als das sind: Achtung des Menschen und insbesondere des Kindes, Freiheit der Kultur, Suche nach der Wahrheit, ein kritischer Geist, der reale Bedingungen findet, in denen er sich äußern kann, und auf dem Gleichgewicht zwischen materiellen Werten, die die Produktion in Bewegung setzen, und auch den geistigen Werten, die zur vollen Verwirklichung des Menschen beitragen und die die Möglichkeit des Glaubens und eines gelebten Glaubens einschließen.“

Unmittelbar vor der Veröffentlichung der Erklärung hatte Kardinal Silva Henriquez in einem persönlichen Gespräch Allende gebeten, die Durchführung der Schulreform zu verzögern, um eine Debatte auf Landesebene zu ermöglichen, an der Eltern, Lehrer und Schüler teilnehmen und ohne Einschränkung ihre Meinung äußern sollten. Die Erklärung bezog sich auf dieses Gespräch, in dem Allende guten Willen und Gesprächsbereitschaft gezeigt habe, und schloß mit der Aufforderung zur Diskussion und kritischen Reflexion über das Dokument, das stellenweise so unklar formuliert sei, daß seine Anwendung eine Gefahr bedeute.

Die *Erklärung der Chilenischen Bischofskonferenz* vom 11. April bekräftigte ausdrücklich die Initiative des Kardinals und die Bitte um Verschiebung der Schulreform. In ihr hieß es: „Wir erklären mit aller Entschiedenheit, daß wir uns grundsätzlich gegen dieses Projekt wehren, dessen Inhalt, von seinen gegenwärtig diskutierten pädagogischen Verdiensten einmal abgesehen, weder menschliche noch christliche Grundwerte respektiert.“ Nach dieser massiven Intervention des Episkopats hatte sich die Regierung bereit erklärt, die Einführung der Einheitsschule *aufzuschieben*. Gleichzeitig suchte man mit dem Argument zu beschwichtigen, es handle

sich um ein Projekt, das nicht von „oben“ komme, sondern auf der Eigeninitiative der Schulexperten beruhe. Daher sei es Allende nicht schmerzlich, dem Drängen des Kardinals nachzugeben. Der Unterrichtsminister *Jorge Tapia* beantwortete die Erklärungen der Bischöfe Mitte April durch ein Schreiben an Kardinal Silva, in dem seiner Petition voll entsprochen wurde. Er drückte die Bereitschaft der Regierung aus, den positiven Beitrag der Christen bei der Schaffung eines Unterrichtssystems entgegenzunehmen und betonte, die Regierung habe sich stets offen für den Dialog gezeigt. Wörtlich hieß es in dem Schreiben: „Es stimmt uns besorgt, daß die Bischöfe — wie es in ihrer letzten Erklärung heißt — meinen, daß die staatliche Einheitsschule nicht die menschlichen und christlichen Grundwerte respektiert“. Sollte dem wirklich so sein, so müsse das Projekt zweifellos inhaltlichen Modifikationen unterzogen werden. Nichtsdestoweniger aber sei die Regierung der Ansicht, daß die staatliche Einheitsschule sehr wohl die praktische Realisierung dieser Werte ermögliche. Man sei jedoch bereit, die Vorschläge der katholischen Kirche zu hören. Der Minister bekundete zusätzlich den „festen Willen“ der Regierung, bei der Schulreform „Gewissensfreiheit und ideologischen Pluralismus zu gewährleisten, um das Ziel einer ‚befreienden‘ Erziehung in einer Gesellschaft zu erreichen, in der es keine Unterdrückung der einen durch die anderen gibt“. Die Gefahr der Indoktrination der Jugend, so meinte der Minister, sei allerdings schon deswegen nicht gegeben, weil in der „Unidad Popular“ durchaus unterschiedliche ideologische Richtungen vertreten seien. Er bedaure nur, daß die öffentliche Meinung zum Thema der Einheitsschule durch Manipulationen der Presse unnötig aufgeputscht und erhitzt worden sei.

Streit um den „Canal 13“

Der Diskussion um die Einheitsschule, die mit dieser Erklärung des Ministers

und der Bildung von Kommissionen auf staatlicher und kirchlicher Seite, die das Reformprojekt einer detaillierten Analyse unterziehen sollen, eine zeitweilige Unterbrechung, aber noch keine Lösung gefunden hatte, ging eine noch weit heftigere Hetzkampagne der Linkspresse voraus. Ihr Gegenstand war die Ausweitung des Sendebereichs des „Canal 13“ der Katholischen Universität Santiago auf die Provinz Concepción. Der Fernsehkanal der Katholischen Universität, dessen Nachrichtenprogramm gegenwärtig von 80% der Zuschauer in Santiago gesehen wird (für das gesamte Programm beträgt der Anteil der Zuschauer 56%), gilt als pluralistisches und objektives Medium und als Gegengewicht gegen das staatlich gelenkte Einheitsfernsehen und das marxistisch orientierte Programm der Staatsuniversität. Von Gruppen linksorientierter Christen wird dem Fernsehsender vorgeworfen, er sei durch seinen gegenwärtigen Direktor *Raul Hasbún*, der bei der Übernahme seines Postens im Frühjahr 1972 eine Säuberungsaktion gegen alle linksengagierten Journalisten und kommunistischen Gewerkschaften angehörigen Arbeiter des Senders durchgeführt und den Pressechef *Leonardo Cáceres*, Mitglied der *Isquierda Cristiana*, sofort entlassen hatte, zu einem Sprachrohr der Opposition geworden. *Raul Hasbún* war früher persönlicher Mitarbeiter des Kardinals. Er war Leiter der erzbischöflichen Pressestelle. Bekannt geworden war er durch eine vielbeachtete Kommentarsendung des Canal 13.

Mit dem Direktorposten hatte er einen schärferen, teilweise polemischen Ton angenommen und nachdrücklich die Unvereinbarkeit von Christentum und Marxismus vertreten. Diese Art seines Auftretens schien im Gegensatz zu den Erklärungen des chilenischen Episkopats zu stehen. Er provozierte damit zahlreiche Gruppen und erregte den Verdacht, er wolle einen Konflikt zwischen Kirche und Staat provozieren. Es kam zu einer Hetzkampagne der Regierungspresse gegen den Canal 13 und die Person *Hasbún*s, die ihre

polemische Zuspitzung in einem Artikel des Nobelpreisträgers *Pablo Neruda* fand, mit dem Titel „Porträt eines Pharisäers“. Darin wurde die Gestalt des „Pharisäers“ *Hasbún*, metaphorisch umschrieben als „langer schwarzer Arm“ (*El Siglo*, 1. 4. 73), der von der Hauptstadt aus Raubmord begangen habe, bewußt kontrastiert mit der „besonnenen Weisheit des chilenischen Kardinals“.

Diese Taktik, durch die versucht wird, *Hasbún* als Vertreter der Opposition von der offiziellen Kirche und der Gestalt des Kardinals, dessen gegenwärtiger politischer Rang erst wieder durch die Petition im Kontext der ENU deutlich geworden war, zu isolieren, ist kennzeichnend für die Haltung der Regierungspresse gegenüber der chilenischen Kirche. *Allende*, der sich bei den letzten Parlamentswahlen durchsetzte, da die Opposition nicht die angestrebte Zweidrittelmehrheit erhielt, jedoch weiterhin mit einer starken Opposition regieren muß, ist in hohem Grade auf die Unterstützung der Kirche angewiesen.

Die Hetzkampagne gegen den Canal 13 nahm dann auch mit ihrer Verlagerung vor die Gerichte ein schnelles Ende. Grund war ein nur schlecht aufgeklärter Vorfall. Die durch den chilenischen Fernsehrat genehmigten Versuchssendungen des Canal 13 in Concepción waren durch die von der staatlichen Kontrollbehörde für Elektrizitätswesen angeordneten Interferenzen in ihrer Ton- und Bildqualität erheblich verschlechtert worden. Plötzlich wurde gemeldet, daß der in einem Nachbarhaus der Fernsehstation eingerichtete Störsender verschwunden sei. In unmittelbarer Nähe wurde gleichzeitig eine Leiche entdeckt. Es handelte sich um *Jorge Tomás Henríquez*, einen Angestellten der Elektrizitätszentrale, der den Störsender bedient hatte. Daraufhin wurden die Verantwortlichen des Canals 13 in Concepción in Untersuchungshaft genommen und zusammen mit dem Fernsehdirektor *Hasbún* öffentlich des Raubmordes verdächtigt. Mitt-

lerweile sind die Verhafteten jedoch durch die Justiz, die das Verbrechen bis jetzt noch nicht völlig aufklären konnte, freigelassen worden. Für die öffentliche Rehabilitierung des Fernsehdirektors setzten sich die chilenischen Bischöfe in einem Brief an *Hasbún* ein. In diesem wurde zwar dessen polemischer Ton kritisiert — *Hasbún* hatte die Journalisten der Linkspresse u. a. als „wandelnde Kloaken“ bezeichnet — aber gleichzeitig an *Neruda* eine scharfe Antwort erteilt. Diesem Brief war eine Erklärung des Generalsekretärs der Bischofskonferenz, *Carlos Oviedo Cavada* vorausgegangen, in der vor der „in Chile deutlicher spürbaren Eskalation der Gewalt“ gewarnt und die Verleumdung des Priesters *Raul Hasbún* bedauert wurde. Die Erklärung schließt mit der Aufforderung an alle Chilenen guten Willens, sich für „Gerechtigkeit und Achtung der menschlichen Person“ einzusetzen, die in einer pluralistischen Gesellschaft unbedingt erforderlich seien.

Eine wohlüberlegte taktische Seite

Damit hat man den Höhepunkt einer harten, von der Kirche mit Vorsicht geführten Auseinandersetzung zunächst hinter sich gebracht. Endgültig bewältigt ist der Konflikt nicht. Dies wird sich spätestens zeigen, wenn die von den Bischöfen eingesetzte Kommission ihre Stellungnahme zum Projekt der Einheitsschule abgeben und die Regierung das entsprechende Gesetzgebungsverfahren in Gang bringen wird. Auch der Konflikt um *Hasbún*, der kein bloßer Kampf um Personen ist, sondern als Etappe in der Auseinandersetzung um die Freiheit der Medien zu verstehen ist, wurde nur vorläufig beigelegt. Beide Vorgänge zeigen überdies deutlich, daß die aus europäischen Perspektiven als Sympathiebekundung interpretierten relativ regierungsfreundlichen Auslassungen des Kardinals außer dem Respekt vor der verfassungsgemäß bestellten Regierung ihre wohlüberlegte taktische Seite haben.